

Die Zukunft gerecht gestalten

Berlin, 26. Mai 2014

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung kritisiert unzureichende Familienförderung und die Rente mit 63 als Verstoß gegen die Generationengerechtigkeit.

Mit dem demografischen Wandel wächst der Druck auf die Sozialsysteme. Die Lasten einer alternden Bevölkerung werden dabei schleichend auf die Schultern der Erwerbstätigen von morgen verlagert. Wie sich diese Generationenungerechtigkeit vermeiden ließe, zeigt das Berlin-Institut in einem neuen Diskussionspapier und fordert Reformen in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung und Rente.

Das umlagefinanzierte Sozialversicherungssystem benachteiligt Menschen mit Kindern - zum einen, weil Eltern weniger arbeiten können als Kinderlose und damit auch niedrigere Rentenansprüche erwirtschaften. Zum anderen, weil sie für die Erziehung und Ausbildung ihres Nachwuchses teilweise tief in die eigenen Taschen greifen müssen. „Kinder sind jedoch eine zwingende Voraussetzung für den Fortbestand des Generationenvertrages“, sagt Institutsdirektor Reiner Klingholz. „Der Staat muss sich stärker an den Kosten für Kinder beteiligen und Eltern entlasten.“ An erster Stelle stünden dabei der Ausbau einer hochwertigen Betreuung und bessere Bildungsangebote von der Kinderkrippe bis zur Ganztagschule. „Eine solches System kann sich zu einem großen Teil selbst finanzieren“, erläutert Klingholz. „Vor allem Mütter können dann Familie und Beruf besser vereinbaren. Die dadurch gesteigerte Erwerbsbeteiligung spült das notwendige Geld dafür größtenteils zurück in die Kassen.“

Auch um das Sozialsystem langfristig zu finanzieren, sei Bildung eine entscheidende Voraussetzung. Denn nur mit ausreichender Qualifikation erwirtschaften die Menschen ein Einkommen, von dem sie nicht nur gut leben sondern über das sie auf dem Weg der Sozialabgaben auch die die steigenden Renten- und Gesundheitskosten finanzieren können. Doch mit den jüngsten Rentenversprechen finanziere die Bundesregierung die Vergangenheit, anstatt in die Zukunft zu investieren, so Klingholz.

Stattdessen sei eine dynamische Anpassung der Altersgrenzen beim Renteneintritt langfristig geboten. „Wir leben immer länger, bleiben im Schnitt auch länger fit und gesund, aber haben diese gewonnene Zeit bisher einzig dem Ruhestand zugeschlagen“, so Klingholz. Die Rente mit 67 sei eine angemessene Reaktion auf das längere Leben. Doch um eine endlose politische Diskussion um das Rentenalter zu verhindern, schlägt das Berlin-Institut eine Koppelung des Renteneintritts an die steigende Lebenserwartung nach einem festen Schlüssel vor. Mit jedem hinzugewonnenen Jahr sollten acht Monate der Arbeit und vier Monate dem Rentenalter zugeschlagen werden. Damit würden die Kosten des längeren Lebens gerecht zwischen der Ruhestands- und Erwerbsgeneration verteilt.

Des Weiteren fordert das Berlin-Institut, den Kreis der gesetzlich Rentenversicherten auszuweiten. Denn trotz des zahlenmäßigen Anstiegs sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in den letzten Jahren ist ihr Anteil an allen Erwerbstätigen seit 1992 von 77 auf 70 Prozent gesunken. Um den Generationenvertrag einzuhalten, müssten sich aber möglichst viele daran beteiligen. Selbstständige sollten deshalb in den Kreis der Versicherten aufgenommen werden. Denn unter ihnen finden sich viele Geringverdiener, die Gefahr laufen, im Alter auf eine Grundsicherung angewiesen zu sein.

Bei Rückfragen helfen wir Ihnen gerne weiter:

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Schillerstr. 59

10627 Berlin

Ansprechpartner:

Manuel Slupina (slupina@berlin-institut.org, Tel.: 030 - 31 10 26 98)

Vera Kreuter (kreuter@berlin-institut.org, Tel.: 030 - 31 10 68 35)

Reiner Klingholz (klingholz@berlin-institut.org, Tel.: 030 - 31 01 75 60)

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist ein unabhängiger Thinktank, der sich mit Fragen regionaler und globaler demografischer Veränderungen beschäftigt. Das Institut wurde 2000 als gemeinnützige Stiftung gegründet und hat die Aufgabe, das Bewusstsein für den demografischen Wandel zu schärfen, nachhaltige Entwicklung zu fördern, neue Ideen in die Politik einzubringen und Konzepte zur Lösung demografischer und entwicklungspolitischer Probleme zu erarbeiten.

Das Berlin-Institut erstellt Studien, Diskussions- und Hintergrundpapiere, bereitet wissenschaftliche Informationen für den politischen Entscheidungsprozess auf und betreibt ein Online-Handbuch zum Thema Bevölkerung.

Weitere Informationen, wie auch die Möglichkeit, den kostenlosen regelmäßigen Online-Newsletter „Demos“ zu abonnieren, finden Sie unter **www.berlin-institut.org**.